

## „Wir haben sie doch gerufen!“

B. Ullrich

Sehr häufig, wenn es um das leidige Thema „Ausländer“ geht, trifft man auf den Satz „Wir haben sie doch gerufen“, damals, als das *Wirtschaftswunder* begann und die junge BRD Arbeitskräfte brauchte. Dies soll als Begründung dafür herhalten, daß „wir“ sie doch nicht einfach wieder wegschicken könnten – jetzt, wo wir selber so viele Arbeitslose haben und die Ausländer *in der Masse* auch zunehmend als gesellschaftliches Problem empfunden werden. Das wäre doch unmenschlich, und außerdem sind viele doch schon „in der dritten Generation“ hier, können ihre eigene Muttersprache nicht, usw..

Dazu gibt es verschiedenes anzumerken.

Zunächst einmal: Wenn mich jemand „ruft“ oder mir vorschlägt, ich könnte in einem fernen, fremden Land arbeiten, dann liegt es an mir, ob ich gehe oder nicht. Anders ausgedrückt: Es ist niemand gegen seinen Willen hier, niemand ist zwangsimpportiert worden, um bei uns zu arbeiten.

Und wenn mich jemand anwirbt, um in einem fernen, fremden Land zu arbeiten, in dem eine andere, mir fremde Sprache gesprochen wird, dann würde ich zunächst einmal die Grundzüge dieser Sprache erlernen. Es sei denn, daß es sich um eine Tätigkeit handelt, die zeitig begrenzt ist und während der ich in einer Gruppe mit Gleichsprachigen zusammen bin, die über einen Übersetzer verfügt.

Wenn es dann einen Anwerbestop gibt (besteht seit 1973!), also das *Rufen* ein Ende erreicht hat, und ich komme *danach*, so kann ich mich auf das Gerufenwordensein ohnehin nicht mehr berufen.

Überhaupt, wer war das denn damals, in den fünfziger Jahren, der da „gerufen“ haben soll? War das der kleine Mann von der Straße, der Arbeiter, dem man den *Gastarbeiter* ungefragt als Kollegen beigelegt hat? Oder waren das nicht vielmehr die Herren aus den Konzernspitzen, bei Ford, Opel, Krupp und Bayer? Waren das nicht die Stadtverwaltungen, die Gastarbeiter als Müllkutscher und Straßenkehrer einsetzten? Waren es in der BRD etwa 1957 „souveräne“ Politiker, die die sog. *Römischen Verträge* unterschrieben haben, mit denen die Arbeitszuwanderung festgeschrieben wurde?

Überraschende Erkenntnisse hierzu liefert das Buch „Diplomatische Tauschgeschäfte – „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953 – 1973“<sup>1</sup>. Hier heißt es in der Einleitung:

„Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte durch die Bundesregierungen von 1955 bis zum Anwerbestopp 1973 sei ausschließlich den Bedürfnissen der westdeutschen Industrie folgende Arbeitsmarktpolitik gewesen. So oder so ähnlich fand sich diese zum Allgemeingut gewordene Annahme bis vor kurzem in jeder Publikation über „Gastarbeiter“.... Die wesentlich verbreiterte Quellenbasis ....zeigt demgegenüber jedoch: Die Initiative zur mit Regierungsvereinbarungen Ende 1955 offiziell begonnenen Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte ging weder von der Bundesrepublik aus, noch folgte sie originär arbeitsmarktpolitischen Erwägungen! ... **es waren ausländische Regierungen, die an bundesdeutsche Ministerien mit der Bitte um Entsendung von Arbeitskräften herantraten.** ... Indem Außenpolitik Arbeitsmarktpolitik generierte, stellte das Bundesarbeitsministerium also i.d.R. den Kontrahenten, das Bundeswirtschaftsministerium nur ein Werkzeug in der Hand des Hauptakteurs, des Auswärtigen Amtes dar.“

Den Anfang der ausländischen Regierungen machten die Italiener, die einerseits unter erheblichen Zahlungsbilanzproblemen litten, andererseits aufgrund ihres Bevölkerungsüberschusses mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten und daraus resultierend „kommunistische Umtriebe“ befürchteten. Der „Export“ von Arbeitskräften sollte beide Probleme zugleich lösen, da die von den in der BRD arbeitenden Italienern nach Hause geschickten Devisen es ermöglichen sollten, den Warenimport zu finanzieren. Wie die FAZ es am 29.12.1955 treffend formulierte, hatte die Aufnahme italienischer Arbeitskräfte eine europäische Komponente, da mit der Entsendung die angestrebte europäische Integration vorangetrieben werden könne.

Im August 1955 fühlte dann Griechenland hinsichtlich der Aufnahme griechischer Arbeiter vor, analog zu den deutsch-italienischen Verhandlungen. 3 Jahre später konkretisierten die Griechen ihren Wunsch nach Ausbau der deutsch-griechischen Zusammenarbeit mit ähnlichen Argumenten wie die Italiener, zusätzlich mit ein bißchen Druck unter Hinweis auf erlittene wirtschaftliche

---

1 Autorin Heike Knortz, Böhlau Verlag 2008, siehe Buchbesprechung hinten

Schäden während und nach dem 2. Weltkrieg. Auch im Falle Spaniens ist der Gedanke, spanische Arbeitskräfte zu exportieren, nicht von der BRD, sondern von Spanien ausgegangen. Im März 1960 wurden mit beiden Ländern entsprechende Abkommen unterzeichnet.

Die Autorin des o. g. Buches kommt zu dem Schluß: „Als eigentlicher bundesdeutscher Initiator aber muß - nach den ausländischen Regierungen - das Auswärtige Amt gelten, zumal dessen Auslandsvertretungen im Vorfeld der verschiedenen Anwerbevereinbarungen oftmals zunächst unklare, bei genauerem Hinsehen jedoch industriefreundliche, die Wanderungen positiv zementierende Funktionen einnahm. Ihr Agieren vermittelt oftmals den Eindruck, eher der Arbeitskräfte suchenden westdeutschen Industrie als den politischen Belangen der Bundesrepublik verpflichtet gewesen zu sein.“ Bis dahin hatte „weder im Kabinett noch im Deutschen Bundestag jemals eine Grundsatzdebatte über Arbeitsmigration oder Einwanderung allgemein stattgefunden...“

Ab 1960 häuften sich auch die Anfragen außereuropäischer Länder hinsichtlich der Möglichkeit zur Entsendung von Arbeitskräften. Neben den Verhandlungen mit der Türkei lagen dem Bundesministerium für Arbeit bis 1962 schon 20 Ersuche aus aller Welt vor, von Bolivien über China, Indien bis Zentralafrika. Teilweise ging es den ersuchenden Ländern dabei um begrenzte Aufenthalte zur Vertiefung der beruflichen Ausbildung von Fachkräften. Im Falle der Türkei war es erklärtes Ziel, ihr Handelsbilanzdefizit durch die Rücküberweisungen der Gastarbeiter auszugleichen. Auch wollte die türkische Regierung *Druck vom eigenen Arbeitsmarkt nehmen und den Zustrom der Landbevölkerung in die Großstädte bremsen*.

Wir sollen heute noch das Märchen glauben, daß *die Gastarbeiter uns* den Wohlstand gebracht haben – statt umgekehrt. Mitte der fünfziger Jahre wurde die Ausbildungszeit verlängert, die Arbeitszeitverkürzung in Gang gesetzt und die Bundeswehr aufgebaut. Zugleich strömte ausländisches Investitionskapital ins Land, der Export wurde gesteigert und die Produktion erhöht. Diese Maßnahmen zusammen erzeugten dann passend den „Bedarf“ an zusätzlichen Arbeitskräften, die aus dem Ausland zu uns „gerufen“ wurden. Die Gastarbeiter waren das *Humankapital*, das zur Rendite der Geldinvestitionen unumgänglich in Kauf genommen werden mußte, soweit es nicht schon damals durch technischen Fortschritt ersetzt werden konnte. (Ein früherer Gefährte von mir hatte Ende der fünfziger Jahre als Rationalisierungsfachkraft in der Industrie gearbeitet. Er erzählte mir, daß es kein Problem gewesen wäre, durch Umschichtungen innerhalb der Betriebe, wie bessere Maschinenausnutzung usw., *ohne* zusätzliche Arbeitskräfte auszukommen. Aber die Gewerkschaft hätte das verhindert und argumentiert, daß reichlich Arbeitskräfte zur Verfügung stehen würden! Der Menschenimport war also auch seitens der „Arbeitervertretung“ eine abgekartete Sache.)

Die sozialen Folgen dieses „Rufens“ der *Kapitalistigen* (und *Globalistigen*) müssen die „Gerufenen“ – besser die aus den Heimatländern Entsendeten - selbst, aber auch die mit den Entsendeten ungefragt konfrontierten Eingeborenen nun tragen.

### **Plutokratische Verbrechen an Ausländern**

„Besonders die Landbevölkerung blieb in der jahrhundertealten islamischen Tradition gefangen und stellte sie im Gegensatz zur Stadtbevölkerung kaum in Frage. So ist es zu verstehen, daß die in die Industriestaaten abgewanderten anatolischen Bauern – sie machen schätzungsweise 90 Prozent der in Deutschland lebenden Türken aus – eher an der islamischen Tradition festhalten und diese in der Fremde intensiver leben wollen, als es etwa bei Angehörigen der türkischen Oberschicht der Fall ist.“<sup>2</sup>

„Der Begriff multikulturell tauchte auch erst auf, als Menschen aus ganz anderen Kulturkreisen nach Europa einwanderten, vor allem aus der islamischen Welt. Wenn man Kultur als Hochkultur verstehen will, und so ist sie hier gemeint, dann sind die Träger dieser Kultur immer die Mittel- und Oberschichten eines Landes. Die Menschen aber, die in Massen nach Europa strömen, entstammen, von akademisch gebildeten Asylanten einmal abgesehen, nicht aus den Mittel- oder Oberschichten, sondern aus der Unterschicht, meist aus der untersten, der ungebildetsten. Welche Kultur bringen sie dann mit?“<sup>3</sup>

Was sind das für menschenverachtende Politiker und Industrielle, die zum Beispiel Bauern aus Anatolien gezielt als Lohnsklaven für fabrikmäßige Drecks- und Knopfdrückerarbeiten in unser, ihrer Heimat kulturell so fernes, Land geschickt oder gelockt haben?

Wie immer wurden damit gleich mehrere Ziele auf einmal verfolgt. Zum einen wurde das Kleinbauerntum im Entsendeland gezielt geschwächt – schließlich soll die Nahrungsmittelproduktion vom selbständigen Bauern auf Agrarfabriken verlagert werden. Weiters

2 Aus „Informationen zur politischen Bildung“ Heft 237 –1992 *Ausländer*, S. 21

3 ebd. S. 31

erzeugt das Hineinverpflanzen kulturfremder und andersartiger, dunkler aussehender, Menschen Ängste und Befremdung bei den Eingeborenen. Ich selber kann mich noch gut erinnern, daß ich als Kind in den sechziger Jahren Angst vor diesen fremd aussehenden Männern hatte, wenn sie mir auf der Straße beim Spielen oder auf dem Weg zur Schule begegneten. Umgekehrt gilt natürlich das gleiche, denn wer fühlt sich in der Fremde schon wohl, wenn er weder die Sprache versteht, noch sein gewohntes familiäres und dörfliches Umfeld zur Verfügung hat?

Indem der exportierte oder hereingelockte Gastarbeiter die in der sozialen Werteskala niedrig angesetzten Arbeiten übernimmt, kann der davon zu Höherem befreite Ureinwohner sich als gesellschaftlich aufgestiegen betrachten, was eine gewisse Akzeptanz der Neuankömmlinge schafft, die nun nicht weggejagt, sondern geduldet werden.<sup>4</sup> Dies geht aber nur solange gut, wie genügend Arbeit vorhanden ist.

Nur sollte die Frage erlaubt sein, was wir deutschen Ureinwohner davon für einen Vorteil gehabt haben sollen, daß in der Großindustrie mit ausländischer Arbeitskraft Produkte hergestellt wurden, die anschließend ins Ausland exportiert wurden? Die dafür erzielten Gewinne erhielten die Konzernbesitzer bzw. Aktionäre und die Gastarbeiter selbst, die sie größtenteils in die Heimat schickten. Alle anderen dürfen sich bis heute mit den negativen Auswirkungen dieser Ausbeutungs- und Bereicherungsvorgänge herumschlagen. Allein aus den Steuern, die die Exportindustrie an den Staat abführte, lassen sich die sozialen Folgekosten der sog. Integration nicht begleichen! Wer etwas dagegen sagt, der muß sich von politpropagandageschädigten Mitbetroffenen noch anhören, „daß wir sie ja schließlich gerufen haben“, uns also heute über die Folgen nicht beklagen dürfen.

Zum Glück räumt das Buch „Diplomatische Tauschgeschäfte“ mit dieser über Jahrzehnte verinnerlichten BRD-Lebenslüge auf!

Die wohl wichtigste Frage bei der Betrachtung der Wandervorgänge lautet: Gab es im Hintergrund des zunächst europäischen, schnell aber weltweit ausgedehnten Anfragenorchesters Dirigenten, oder waren hier lauter Solisten am Werk? Anders ausgedrückt: War die völkische Zerstörung Deutschlands und Europas bereits ein Bestandteil der Kriegsplanung der zweifachen Weltkriegssieger?

**Aus dem Langenscheidt Schulwörterbuch Latein-Deutsch von 1997, 9. Auflage 2006:**

**Migrātiō** = Auswanderung, Umzug / **Migrō** = wandern, auswandern, übersiedeln

**Integrātiō** = Erneuerung                      **Integrō** = wiederherstellen, erneuern

---

4 Giselher Wirsing beschrieb diese Erscheinung bereits in seinem Buch „Der maßlose Kontinent“ von 1942 über die Verhältnisse in den USA. So heißt es bei ihm auf S. 59: „Der Wohlstand auch der breiteren Masse hebt sich, wobei die schon länger Ansässigen in der Lage sind, den Neueinwandernden jeweils die unterste Stufe im Wirtschaftsleben zu überlassen und dadurch selbst weiter aufzusteigen...“